



# STADT & LAND

## Nachrichten und Meinungen aus Tittmoning

### Aufruf zur Bundestagswahl am 27. September 2009

Als Gerhard Schröder und Franz Müntefering nach der letzten Bundestagswahl mit der Union in Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung eintraten, wurden von Seiten unserer Partei vier Bedingungen gestellt: Kein Abbau von Kündigungsschutz, keine Veränderungen bei der Tarifbindung, Einführung des Elterngeldes auf Grundlage der Vorlagen von Renate Schmidt sowie jährlich 3% des Bundeshaushaltes für Forschung und neue Technologien.

Es ging um ökonomische Vernunft und soziale Stabilität, nicht darum, weiter zu regieren, weil die Sessel in der Regierung so weich sind.

Unsere Partei hat Deutschland weder in das Irak-Abenteuer hineingezogen, noch hat sie sich wie die Labour-Partei durch Spesenaffären unmöglich gemacht. Das Gegenteil ist der Fall: das Land und die Wähler, die sich anscheinend schon darauf geeinigt haben, uns in der Opposition zu schicken, haben unserer Politik viel zu verdanken.

Nach elf Jahren sozialdemokratischer Regierung ist Deutschland ökologischer, liberaler, moderner, ökonomisch stabiler und entspannter als vor 1998.

Auch mit Angela Merkel– oder gerade weil sie Kanzlerin ist – hat die SPD in der großen Koalition gut gearbeitet. Nichts von dem, was die Union in ihrem neoliberalen Wahn des Leipziger Parteitags angekündigt hatte, ist in der Großen Koalition Realität geworden. So soll es auch bleiben!

Es kann nicht sein, dass die Ideologie, die uns in die Krise geführt hat, Antwort auf die Krise sein soll.

Dass die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise bei uns nicht voll durchschlagen, hat mit Sicherung von Kurzarbeit, kommunalen Investitionen, Abwrackprämie, Kinderbonus, Finanzregeln, Krediten und Bürgschaften sowie der Begrenzung von Managergehältern zu tun. Dafür hat sich die SPD eingesetzt.

Den Unterschied, ob die SPD weiter regiert oder in die Opposition geht, werden die Menschen erst dann ermesen, wenn die schlimmere Variante eingetreten ist.

Unser Land verdient es nicht, mit Merkel, Seehofer und Westerwelle allein gelassen zu werden.

Sozialstaat, gesetzlicher Mindestlohn, Bildungsgerechtigkeit, Bürgerversicherung, Ausstieg aus der Atomkraft und vor allem eine verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt es nur mit einer starken Sozialdemokratie.

Daher bitte ich Sie: Gehen Sie am 27. September 2009 wählen.

Sorgen Sie für ein gutes SPD-Ergebnis am 27. September 2009.

Es lohnt sich, mit den beiden Stimme für die SPD am Wahlsonntag weiterhin für Solidarität und Gute Arbeit in Deutschland zu sorgen.

Mit unserer Bundestagsabgeordneten Dr. Bärbel Kofler und Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier treffen Sie eine gute Wahl.

**Mit freundlichen Grüßen**

**Ihr**

**Dirk Reichenau**

**Stadt- und Kreisrat**





## Biografie Dr. Bärbel Kofler

Bankkauffrau,  
Dipl. Informatikerin (FH),  
Sprachwissenschaftlerin

Geboren am 24. Mai 1967 in Freilassing.

Mitglied des Bundestages seit September 2004, davor Bankkauffrau, Lektorin, Sprachlehrerin sowie Dozentin an der Zivildienstschule Geretsried, Promotion in Slawistik, Studium der Sprachwissenschaften, Slawistik und Romanistik sowie der Informatik.

Bundestagsausschussmitglied für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

- Mitglied im Unterausschuss Vereinte Nationen
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Mitglied der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Hier ist Bärbel Kofler zuständig für den Haushalt
- Vorsitzende der Deutsch-Ukrainischen Parlamentariergruppe

Eintritt in die SPD 1991, danach SPD-Vorsitzende in Bad Reichenhall, Kreisvorsitzende im Berchtesgadener Land, Stadt- u. Kreisrätin.

Stellvertretende Vorsitzende der SPD Oberbayern und seit 2003 Mitglied des bayerischen SPD-Landesvorstands.

Unter anderem Mitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) und der Arbeiterwohlfahrt (AWO).

## Im Interview mit „Stadt & Land“:

*Die Finanzkrise betrifft uns alle. Was hat die SPD getan, um der Finanzkrise entgegen zu treten?*

**Bärbel:**

SPD-Finanzminister Peer Steinbrück hat im Oktober letzten Jahres einen Bankenrettungsschirm aufgespannt. Dabei geht es vor allem darum, eine Kreditklemme zu verhindern und die Spareinlagen der Menschen zu sichern. Mit den beiden Konjunkturpaketen wurden Impulse gesetzt, um die Wirtschaft zu stützen und die Menschen in Arbeit zu halten. Als Beispiele möchte ich die Umweltpremie, das Innovationsprogramm Verkehr sowie die Aufstockung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms anführen.

Allein durch das aktive Handeln des SPD-Bundesarbeitsministers Olaf Scholz mit der Verlängerung der Kurzarbeit konnten über 1 Million Arbeitsplätze bewahrt werden. Das Motto dabei ist „weiterbilden statt entlassen“. Von all diesen Programmen profitieren auch die Menschen und die Kommunen in unserer Region.

*Was muss in Zukunft gemacht werden, um eine solche Krise zu verhindern und das Fehlverhalten mancher Manager zu unterbinden?*

**Bärbel:**

Ein „weiter so“, darf es nicht geben! Aus diesem Grund brauchen wir klare Regeln für die Finanzmärkte. Die Finanzmarkt-aufsicht muss national und international gestärkt werden.

Arbeitsplätze müssen nun gesichert werden. Menschen, die heute in Kurzarbeit sind, müssen wieder in Vollzeitstellen kommen. Die so genannten Heuschrecken dürfen keine Chance haben. Managergehälter müssen begrenzt werden und es müssen diejenigen für gute Leistung belohnt werden, die sie auch geleistet haben – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wichtig ist es auch, die Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben und auch in den politischen Prozessen zu stärken. Dazu gehört ein modernes Betriebsverfassungsgesetz, starke Betriebsräte und schlagkräftige Gewerkschaften. Die Arbeitnehmer dürfen nicht abhängig sein von schwer kalkulierbaren Transaktionen und Pokerspielen an der Börse – nein, sie müssen mitbestimmen und ihre Interessen in den Betrieben vertreten.

*Wie sollen die durch die Krise verursachten Schulden bezahlt werden?*

**Bärbel:**

Eines ist klar: Der von Schwarz-Gelb versprochene Steuersenkungskurs wird nicht helfen, die Schulden der Krise zu bewältigen. Vielmehr wird mit der Politik der Union und der Liberalen die Schuldenspirale weitergedreht. Das geht zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen! Die SPD verfolgt ganz klar einen Konsolidierungskurs und zwar durch eine nachhaltige und arbeitnehmerfreundliche Politik. Mit dem Deutschlandplan von Frank-Walter-Steinmeier wurde ein Plan für die Zukunft, für Arbeitsplätze und eine Konsolidierung der Haushalte vorgelegt. Wichtig ist es jetzt, Rahmenbedingungen politisch so zu setzen, dass wir zukunftsträchtige Industrien in Deutschland fördern. Dazu gehört die Förderung zukunftsträchtiger Leitmärkte wie Energietechnik, Dienstleistungen von „Mensch zu Mensch“ und Gesundheit oder der Ausbau der Infrastruktur. So können Einnahmen erzielt werden, so können neue Ideen verwirklicht werden, so werden wir die Staatshaushalte konsolidieren. Damit bringen wir unser Land voran.

Dass mit neuen Ideen und günstigen Rahmenbedingungen etwas entstehen kann, hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz gezeigt. Dadurch wurden in den letzten 10 Jahren 280 000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen und Technologien weiterentwickelt.

Es ist auch richtig, dass ab 2011 der Grundsatz im Grundgesetz verankert ist, dass die Haushalte von Bund und Ländern in konjunktureller Normallage grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. In konjunkturellen guten Zeiten ist die öffentliche Verschuldung zurückzuführen.

*Was sind die Ziele der SPD in Bezug auf den Mindestlohn, Bürgerversicherung, Steuergerechtigkeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf?*

**Bärbel:**

**Mindestlohn:** Gute Arbeit ist ein zentrales Thema der SPD. Dazu gehört die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. In den letzten vier Jahren



## Mitglied des Bundestags Dr. Bärbel Kofler

ist es unter der Führung des SPD-Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gelungen, wichtige Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen. Insgesamt haben 9 Branchen, von den Briefdienstleistern bis zur Pflegebranche, mit über 3 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern branchenbezogene Mindestlöhne.

**Bürgersicherung:** Es ist mir auch wichtig, unsere sozialen Sicherungssysteme auf ein breites Fundament zu stellen. Ein erster Schritt muss die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung sein.

Nur wenn die Solidarität der Bürger untereinander gesichert ist, kann es Chancengleichheit bei der medizinischen Versorgung für alle geben. Dies hat die SPD in ihrem Regierungsprogramm so festgeschrieben: Ein klares Bekenntnis zur Bürgerversicherung! Mit der Versicherungspflicht für alle, einem gerechten Ausgleich der unterschiedlich verteilten sozialen Risiken und der Krankheitsrisiken und dem Einstieg in die Steuerfinanzierung haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan.

**Steuergerechtigkeit:** Die SPD steht für Steuergerechtigkeit! Wir haben den Eingangssteuersatz von 25,9% (1998) auf aktuell 14% gesenkt. Dies hilft gerade den unteren Einkommen. Die Einführung einer Börsenumsatzsteuer kann Spekulationen begrenzen und darüber hinaus bringt sie weitere Steuereinnahmen. Besonders wichtig ist die Einführung eines „Bildungssoli“. Hier soll der Steuersatz für Spitzen-einkommen ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000) von 45% auf 47% angehoben werden. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Steuergerechtigkeit ist die Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Jährlich gehen dem Fiskus 100 Milliarden Euro verloren.

Wir brauchen bessere gesetzliche Regelungen, um dies zu unterbinden. Bereits im Juni 2009 hat die SPD-Bundestagsfraktion und unser Finanzminister Peer Steinbrück nach langem Ringen mit der Union ein Gesetz zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung durchgesetzt. Mit diesem Gesetz haben wir die Ermittlungs-

möglichkeiten von Behörden bei Geschäftsbeziehungen von Steuerpflichtigen in kooperativen Staaten verbessert. Die SPD will aber mehr!

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf:**

Ein kinderfreundliches Umfeld und eine gute Infrastruktur sind elementar für Familien. Dafür hat sich die SPD schon immer eingesetzt. In den letzten Jahren haben wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag durchgesetzt und das Modell des Elterngeldes hat die damalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt entworfen. Wichtig ist es aber, den Weg weiter zu gehen. So wollen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung einführen, zugleich aber auch die Qualität der Kinderbetreuung weiter verbessern. Alleinerziehende müssen z.B. durch die Verbesserung beim Unterhaltsvorschuss entlastet werden. Die partnerschaftliche Arbeitsteilung beim Elterngeld ist ein großer Erfolg. Er kann weitergeführt werden. Aus diesem Grund wollen wir zwei zusätzliche Partnermonate und eine Erweiterung des gleichzeitigen Anspruchs auf Teilzeitbeschäftigung und Elterngeld von 7 auf 16 Monate fördern.

*Was denkst Du über die Forderung von Arbeitgeberpräsident Hundt, der Lohnverzicht als Mittel zur Bewältigung der Krise vorschlägt?*

### **Bärbel:**

Davon halte ich gar nichts! Die

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren oft auf Lohn verzichtet, gedankt hat es ihnen Herr Hundt aber nicht. Als Exportnation dürfen wir die Binnennachfrage nicht vernachlässigen. Grundlage dafür ist ein solides Einkommen für alle Bürgerinnen und Bürger.

*Kurz und knapp:*

*Was sind die sozialdemokratischen Ziele für die Bundestagswahl 2009?*

### **Bärbel:**

Konkret haben wir 8 zentrale Ziele in unserem Regierungsprogramm formuliert:

- **Gute Löhne für gute Arbeit – und zwar für alle!**
- **Erstklassige Bildung ohne Gebühren!**
- **Klimaschutz mit sicherer Energie statt gefährlicher Atomkraft!**
- **Unterstützung für unsere Familien!**
- **Echte Gleichstellung für Frauen!**
- **Ein tolerantes Land für alle!**
- **Eine menschliche Gesellschaft statt ungezügelm Kapitalismus!**
- **Fortschritt durch Bildung, Arbeit und Nachhaltigkeit!**

Die SPD steht für einen Fortschritt, der wirtschaftlichen Erfolg und soziale Gerechtigkeit nicht als Gegensätze begreift, sondern als Einheit.

Dafür setze ich mich hier vor Ort und in Berlin ein!



# CDU/CSU und FDP

Es soll weitere „Flexibilisierung“ der Arbeit geben, ein Mindestlohn wird abgelehnt.

Steuersenkungen für Reiche zwischen 25 und 80 Mrd. € pro Jahr, dies entspricht bis zu 1/3 der Einnahmen des Bundes – die Gegenfinanzierung ist offen.

„Kopfpauschale“ = Einheitsbetrag vom Rentner bis zum Spitzenverdiener.  
Ausgrenzung vieler Leistungen, wie beispielsweise Zahnersatz, höhere Zuzahlungen.

Längere Laufzeiten für die Atomkraft, neue Atomkraftwerke sind nicht ausgeschlossen. Es gibt keinen Lösungsvorschlag für den Atommüll.

Herr Guttenberg will weitere Deregulierung und Privatisierungen in der Wirtschaft. Bei der Rettung der Banken und der Unternehmen soll der Staat nur zahlen und ansonsten „zuschauen“.

Die „Kleinstaaterei“ im Bildungswesen wird fortgesetzt, die soziale Auslese wird sich verschärfen. Studiengebühren werden ausgeweitet.

# SPD

Die Tarifautonomie wird gewährleistet, der gesetzliche Mindestlohn wird eingeführt.

Steuersenkungen für die unteren Einkommensgruppen, gegenfinanziert durch die Börsenumsatzsteuer (Tobinsteuer). Es soll einen Steuerzuschlag auf Spitzeneinkommen über 125.000,- € / Jahr für bessere Bildung geben.

„Bürgerversicherung“ = Alle zahlen in die gesetzliche Krankenversicherung gestaffelt nach der Höhe des Einkommens ein. Alle erhalten die vollen medizinisch gebotenen Leistungen.

Der Atomausstieg bleibt vertraglich und gesetzlich geregelt.

Es wird eine klare, international abgesicherte Regulierung der Finanzmärkte in Deutschland und Europa einschließlich Haftungsregelungen und einer Begrenzung von Managergehältern angestrebt.

Studien- und Kindergartengebühren werden abgeschafft. Das Bildungssystem soll bundesweit auf Durchlässigkeit und Förderung ausgerichtet sein.

**Weitere Informationen zur Politik der SPD gibt es im Internet unter:**

[www.spd.de](http://www.spd.de)

[www.baerbel-kofler.de](http://www.baerbel-kofler.de)

[www.frankwaltersteinmeier.de](http://www.frankwaltersteinmeier.de)

[www.spd-tittmoning.de](http://www.spd-tittmoning.de)

## Impressum:

### Stadt & Land

erscheint unregelmäßig und bringt Informationen und Meinungen zur Politik.

### Herausgeber:

SPD-Ortsverein  
Tittmoning

### V.i.S.d.P.:

Dirk Reichenau,  
Staufenweg 3,  
84529 Tittmoning

Layout: Harald Wessner

Ausgabe: September 2009

Auflage: 2.200 Stück

